

CDU-Landtagskandidat Schroeren: „eindeutig ja“ zu Wanloer Forderungen, jedoch konträr zur CDU-Braunkohlepolitik - Körfges amüsiert

Artikel vom 28.04.2012



Die „Wanloer Gespräche“, eine Initiative von Wanloer Bürgern hatte zum Thema Braunkohle die Landtagskandidaten des Wahlkreises 49 (Süd) zu einer Diskussionsrunde eingeladen, zu der Hans-Willi Körfges (SPD), Klaus Heimbucher (Piraten), Rohat Yildirim (DIE LINKE) und Michael Schroeren (CDU) gekommen waren.

Der FDP-Kandidat Oliver Faller musste aus beruflichen Gründen absagen und Hajo Siemes war zunächst aufgrund der quasi zeitgleich stattfindenden Sitzung der BV Ost verhindert, traf aber gegen Ende der Diskussionsrunde noch ein.

Gleich zu Beginn der Veranstaltung versuchte Schroeren erfolglos diese so zu steuern, dass er nach und nach die Fragen und Statements, die die Initiative den Kandidaten vorab zugesandt hatte, „abarbeiten“ hätte können.



Bei seiner Vorstellung meinte Schroeren, er sei zum zweiten Mal direkt in den Landtag gewählt worden und „habe also Ihr Vertrauen“, wofür er dankbar sei.

Die Probleme, die die Wanloer hätten, habe nicht die CDU zu vertreten. Deshalb sei er in einer „komfortablen Situation“.

In Mönchengladbach habe die CDU erfolgreich dagegen gekämpft, dass Wanlo nicht weggebaggert werde. Auch sei die CDU es gewesen, die gegen die Mönchengladbacher Ampel erfolgreich die Methanganlage verhindert habe.

Über das verspätete Erscheinen von Hajo Siemes war Schroeren so echauffiert, dass er diesen, als er gerade dazu ansetzen wollte, sich für genau dieses zu entschuldigen, sofort maßregelte und meinte, „das mache er nicht mit. Wenn jemand zu spät käme, dürfe er auch nicht mehr mit diskutieren.“

Erst im zweiten Anlauf konnte Siemes ausreden und erklären, dass ihm klar sei, dass dies nicht mehr möglich und auch nicht sein Ansinnen sei.

Vielmehr sei es ihm wichtig, mit den Wanloern zu sprechen und dafür stehe er selbstverständlich gerne anschließend, über die Diskussionsrunde hinaus, zur Verfügung.

Seine Anwesenheit bei der wichtigen BV-Sitzung sei leider unabdingbar gewesen.

Kernthemen der vorangegangenen Diskussion waren im Wesentlichen die Feinstaubbelastung, deren Folgen und die Forderung nach sofortigen und umfassenden Messungen, der Luftreinhalteplan für Garzweiler II, das Bergrecht, vor allem die Umkehr der Beweislast bei Bergschäden durch den Braunkohletagebau, so dass nicht mehr die Betroffenen beweisen müssen, dass die Schäden vom Tagebau herrühren (wie beim Untertagebau schon immer üblich) und die Wertminderung der Objekte.



Während Heimbucher (Piraten) und Yildirim (DIE LINKE) deutlich machten, dass sie sich noch zu wenig in die Braunkohle-



problematik hatten einarbeiten können, was von den Anwesenden wohlwollend akzeptiert wurde, zeigte sich Körfges auch in Detailfragen sehr gut vorbereitet.



Körfges erklärte, dass der Braunkohletagebau nicht zu verhindern sei und untermauerte dies mit Aussagen zum Braunkohlenplan.

Auch sprach er sich dafür aus, dass die Zuständigkeit für Garzweiler II von der Bezirksregierung Arnsberg auf die Bezirksregierung Düsseldorf übergehen soll, weil diese „näher an den Problemgebieten“ sei.

Er sagte zu, dass sich eine rot-grüne Landesregierung über den Bundesrat mit Blick auf die Beweislastumkehr für die erforderlichen Änderungen des Bergrechts ebenso einsetzen werde, wie dafür, dass Bergbautreibende finanziell stärker als bisher an den ökologischen Folgen des Braunkohletagebaues beteiligen werden.

[Er verwies in diesem Zusammenhang auf eine Große Anfrage „Bergschäden durch den Braunkohlebergbau“ von Bündnis 90/Die Grünen und SPD.](#)

Wobei er anfügte, dass er dafür vor allem dem grünen Koalitionspartner ein Lob für ihr diesbezügliches großes Engagement und die hervorragende Arbeit aussprechen müsse.

Körfges betonte öffentliche und Bürgerinteressen müssten Vorrang haben vor betriebswirtschaftlichen der Energiekonzerne.

Diesen Zielrichtungen schlossen sich auch die Vertreter der Piraten und DIE LINKE an.

Heimbucher betonte, dass die Piraten die Offenlegung der Unternehmensdaten der Energiekonzerne als Forderung in ihrem Wahlprogramm fixiert hätten.

Zur Überraschung aller Anwesenden erklärte Schroeren für die CDU, dass sie den Forderungen der Wanloer „voll zustimme“, nämlich:

- Umkehr der Beweislast, wie bei dem Steinkohlebergbau.
- Erstellung eines Luftreinhalteplans für das ganze Braunkohlerevier am Niederrhein inkl. des Tagebaus Garzweiler II.
- Mehrere Messstationen für Feinstaub vor allem für die westlich von Garzweiler II gelegenen Gemeinden Kückhoven und Wanlo, um verlässliche Daten darüber zu erhalten, welche Belastungen vom Tagebau kommen und welche schon vorher vorhanden waren.
- Temporärer Stopp des Tagebaubetriebes nach §11 Abs. 4 der 22. BImSchV (Verordnung über Immissionswerte für Schadstoffe in der Luft) als Maßnahme zur Beschränkung und soweit erforderlich zur Aussetzung der Tätigkeiten z. B. bei Inversionswetterlagen im Winter.
- Die Altkraftwerke müssten abgeschaltet werden. Alternativ sollte der Tagebau Garzweiler II – wie vereinbart – solange gestoppt werden, bis die Altkraftwerke abgeschaltet sind.
- Der Bergbaubetreibende muss gezwungen werden, alle Daten zu veröffentlichen.

Dass diese Zusagen Schroerens fast komplett konträr zu den Vorstellungen des CDU-Spitzenkandidaten und Bundesumweltministers

Norbert Röttgen stehen, schien ihm nicht bewusst zu sein.

Und das, obwohl zu Beginn der Veranstaltung ein Audioauszug aus der Sendung „report München“ vorgespielt wurde, in dem Röttgen sich „pro Braunkohle“ ausgesprochen hatte:

[„... Wir brauchen Kraftwerke. Wir brauchen Kohlekraftwerke! ...“](#)

Die Reaktion von Schroerens SPD-Gegenkandidat Körfges ließ nicht lange auf sich warten. Körfges meinte: „Das erzähl' ich dem Röttgen“.

BürgerZeitung Mönchengladbach

Mühlenstraße 208 - 41236 Mönchengladbach
Telefon (0 21 66) 92 43 03 - Telefax (0 21 66) 92 43 04
redaktion@bz-mg.de